

Demokratie und Menschenrechte in Gefahr: Die Wirkung von Rechtspopulismus, Fake News und Radikalisierung auf politische Bildung mit jungen Menschen

Empfehlungen auf Grundlage der Kooperation und Analyse im STEPS-Projekt

In immer mehr Ländern in Europa werden **grundlegende Rechte der demokratischen Beteiligung** in Frage gestellt oder abgelehnt. Große Teile der Bevölkerung, politische Parteien und Regierungen befürworten eine **autoritäre Staatsführung**, rechtspopulistische Parteien und ihre Wortführer*innen sprechen bestimmten Gesellschaftsgruppen die Menschenrechte ab und **demontieren die Demokratie**. Bürger*innen wie auch gewählte Politiker*innen verbreiten Hass auf Nichtregierungsorganisationen (NRO) und untergraben demokratische Entscheidungen. Gegenüber allen politischen Ebenen wächst das **Misstrauen**, gesellschaftliche Probleme lösen zu können. Deshalb ist politische Bildung und Menschenrechtsbildung mit jungen Menschen so eminent wichtig. Ziel von DARE ist es, mit dem europäischen Projekt STEPS (E+KA 1 Mobilitätsprojekt, koordiniert vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten) den Zusammenhang zwischen Populismus, postfaktischem Weltbild (= engl. Post-Truth), Radikalisierung und politischer Bildung/ Menschenrechtsbildung mit jungen Menschen zu untersuchen und sich über die politische und pädagogische Dimension von Politischer Bildung in der Jugendarbeit Gedanken zu machen.

Wir stehen in Europa vor einer Vielzahl wachsender, miteinander verflochtener und sehr komplexer **Herausforderungen**: Wirtschaftswachstum bei weniger Arbeitsplätzen, Migration und Flucht, Anforderungen an Sicherheit und liberale Freiheit, globaler Wettbewerb, Klimawandel, Verteilung von Wohlstand, Solidarität und der Zugang zu sozialen Rechten, um nur einige zu nennen. Diese Entwicklungen haben weitgehende Auswirkungen auf die Grundlagen unseres solidarischen und demokratischen Zusammenlebens und tragen zu einem Wiederaufleben des Nationalismus – in seiner derzeitigen Form des Rechtspopulismus – bei, der unsere demokratischen Gesellschaften in neuer Dimension gefährdet.

Als Pädagog*innen, die wir mit jungen Menschen im Kontext formaler wie nicht-formaler Bildung zusammenarbeiten, sehen wir uns mit einer Reihe von Entwicklungen konfrontiert, denen zu begegnen nicht leichtfällt:

- auf nahezu allen Ebenen, wo **Rechtspopulist*innen** die politischen Bühnen betreten, betreiben sie eine massive **Stimmungsmache gegen die grundlegende Gültigkeit der Menschenrechte für alle Menschen** wie auch gegen demokratiefördernde Einrichtungen, wie es **zivilgesellschaftliche Organisationen und Jugendarbeit** sind;
- vielfältige Herausforderungen erwachsen auch gegenüber sicher geglaubten grundlegenden Menschenrechtsstandards in Europa wie auch im außereuropäischen Ausland. Sie manifestieren sich in dem zunehmenden Druck auf Menschen, die in unseren Gesellschaften als „die Anderen“ gelesen werden, namentlich aller Menschen mit unterschiedlicher Herkunft wie Geflüchtete und Migrant*innen;
- die anhaltende Diffamierung und Verdächtigung der politischen Bildungsarbeit durch rechtspopulistische Parteien/Akteure, Jugendliche mit liberalen Ideen zu manipulieren;
- der zahlenmäßige Anstieg **politischer Maßnahmen und Programme zur Bekämpfung von Hassreden, Radikalisierung** usw. auf nationaler wie auch europäischer Ebene, während gleichzeitig langfristig ausgelegte Programme fehlen, die die Bildung und Entwicklung der Demokratiefähigkeit unserer Gesellschaften infrastrukturell unterstützen;
- ein unter den politischen Bildner*innen selbst erwachsender Diskurs darüber, ob überhaupt, und wenn ja, wie und auf welche Weise sich extremistische, ideologiebeeinflusste Gruppen erreichen lassen; diese Überlegungen spiegeln die Kompetenz und das Engagement politischer Bildung in ihrer inhärenten Logik wider. Doch die auf Prävention verengte Perspektive stellt zugleich das offene und freiwillige Engagement von Angeboten der Jugendarbeit in Frage;
- die fatalen Folgen des **neoliberalen** Paradigmas, das alle Aspekte unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens betrifft und insgesamt zu einer zunehmenden Ernüchterung gegenüber dem Versprechen von Gleichheit im Hinblick auf gesellschaftliche und politische Teilhabe führt, wie auch zu einer krankmachenden Fokussierung auf **Wettbewerb**, selbst im Bildungssektor; während wir uns gleichzeitig mit der Tatsache auseinandersetzen müssen, dass in immer mehr europäischen Ländern traditionelle Arbeitsformen/Branchen verloren gehen oder in den kommenden Jahrzehnten dramatischen Veränderungen ausgesetzt sein werden;
- eine Überbetonung des Kompetenzerwerbs und der MINT-Fokussierung im Bereich **formaler Bildung**, in welcher politische Bildung/Menschenrechtsbildung, Jugendarbeit und vor allem der Bereich des non-formalen Lernens unzureichend

berücksichtigt werden. In den meisten Ländern fehlen zudem in weiten Teilen Strukturen der Jugendarbeit und ressourcenorientierte Ansätze, die eine strategische Entwicklung von kinder- und jugendorientierten Lernräumen ermöglichen, wie die Analyse des STEPS-Projekts bestätigt.

Eine Verschiebung im gesellschaftspolitischen Diskurs

Den Analysen im Rahmen des STEPS-Projekts folgend, findet in unseren Gesellschaften gegenwärtig eine tiefgreifende Veränderung statt: Lange Zeit wurde **Populismus** als ein zwar fragwürdiges, aber legitimes Mittel zur **Vereinfachung von Argumenten** und zum **Gewinnen** von Wähler*innen-stimmen und **politischem Zuspruch** angesehen, **als ein antielitäres Narrativ**, das nicht notwendigerweise einer bestimmten politischen Richtung zuzuordnen ist.

Der neue, überwiegend rechtsgerichtete Populismus, der sich in Europa ausbreitet, ist von anderer Qualität. Er basiert maßgeblich auf einer **wiedereingeführten rassistischen, nationalistischen, diskriminierenden und antipluralistischen** Sicht- und Deutungsweise von Gesellschaft, die **Hass, Misstrauen, Ideologien der Ungleichwertigkeit und Ausgrenzung** nach sich zieht. Darüber hinaus vollzieht sich in unseren Gesellschaften selbst ein Wandel. Die Forschung versucht diesen Wandel seit Anfang der 2000er Jahre mit dem Konzept der „**Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**“ zu beschreiben oder mit den im europäischen Values Survey benannten „Verschiebungen in der Denkweise“ (= engl. drifts in mindsets).¹ Beide Konzepte deuten auf eine **Radikalisierung** in den Einstellungen innerhalb der gesellschaftlichen Mitte hin. Diese Verschiebungen in Wahrnehmungen und Gesinnung hat sich inzwischen in politischen Bewegungen und Parteien festgesetzt: (Vermeintlich) lautstarke Minderheiten haben erfolgreich **die politischen Diskurse in ihre Richtung gelenkt und sich so auf demokratische Weise Zutritt zu Parlamenten verschafft. Sie sitzen inzwischen in Regierungen von Staaten und zerstören – einmal an der Macht – beispielsweise in Ungarn, Polen, Österreich oder Italien, um die aktuellsten Entwicklungen zu nennen – das demokratische Miteinander** auf allen staatlichen Ebenen und innerhalb der Gesellschaften.

In unseren stark **individualisierten Gesellschaften** können diese Bewegungen, Parteien und Regierungen, die unverhohlen autoritäre und illiberale Staatsformen propagieren, intransparent handeln und Zuspruch gewinnen.

¹ Siehe z. B. die Forschungsarbeiten von Andreas Zick, Beate Küpers, Peter Kreko u.a., Univ Bielefeld, Political Capital Institute, Friedrich-Ebert-Stiftung u.a.

Aus der Lesart politischer Bildung verstehen wir Demokratie als eine Lebens- und Gesellschaftsform die in der gegenwärtigen, gesellschaftspolitischen Lage ein Mehr an Transparenz in der politischen Entscheidungsfindung, mehr Teilhabe und mehr Übertragung von Eigenverantwortung im Politischen braucht.

Die beschriebene Entwicklung hat **gravierende Folgen auf politische Bildung und Menschenrechtsbildung** selbst: So findet unter dem Namen politischer Bildung u.a. eine Fokussierung **patriotisch-nationalistischer Bildung** statt. Darüber hinaus wirkt sich die Verschiebung konkret auch auf die Wahrnehmung von Jugend und von Jugendarbeit im Allgemeinen in der Gesellschaft aus. In immer mehr Ländern, in denen Rechtspopulist*innen Einfluss auf die Gestaltung von Jugendpolitik nehmen, ist das Ziel der neuen Jugendpolitikausrichtung, anstelle von demokratischer Emanzipation und Befähigung zur Teilhabe, nun Beeinflussung und Vereinheitlichung– zum Nachteil von Minderheiten, kritischen Stimmen und unabhängigen Akteuren.

Was ist zu tun?

Die benannten Entwicklungen ereignen sich Tag für Tag in immer mehr europäischen Gesellschaften. Es besteht dringender Handlungsbedarf wie auch die Notwendigkeit, uns verstärkt in den demokratischen Diskurs einzumischen. Als politische Bildner*innen können wir nicht abseits des Spielfelds stehen und nur zuschauen, wie fortlaufend grundlegende Prämissen für Menschenrechte und demokratisches Zusammenleben untergraben und nach und nach beseitigt werden. Politische Bildung/Menschenrechtsbildung mit jungen Menschen ist bereits in vielen Ländern Europas unter erheblichen Druck geraten. Dies wird am einfachsten dadurch erreicht, dass Einrichtungen, die politische Bildung/Menschenrechtsbildung mit jungen Menschen organisieren, konsequent diskreditiert werden, indem man sie der Ideologisierung beschuldigt. Weitere Druckmittel sind veränderte Förderrichtlinien, geänderte Prioritäten von Programmen oder die Neu- und Umschreibung von Regeln, nach denen NRO als Bildungsträger mit Jugendlichen zu arbeiten haben.

Als Jugendbildungseinrichtungen ist es unsere vorrangige Aufgabe, demokratische Lernbedingungen und -möglichkeiten mit dem Ziel zu entwickeln, für alle jungen Menschen demokratische Selbstwirksamkeit erfahrbar zu machen. Konzeptionell müssen wir uns verstärkt damit auseinandersetzen, dass sich immer mehr Gruppen in unseren Gesellschaften entfremdet und desintegriert fühlen und demokratische Grundüberzeugungen nicht (mehr) zu teilen scheinen, weil da andere, vereinfachende Narrative sind, die mit der

Idee von Demokratie als solcher konkurrieren. Kontroverse und Auseinandersetzung sind zentrale Instrumente demokratischer Entscheidungsfindung.

Politische Bildung mit jungen Menschen ist daher doppelt herausgefordert: Als Bildungsträger müssen wir uns entscheiden, ob wir uns mit Gruppen auseinandersetzen wollen, die von Rechtspopulist*innen beeinflusst sind, oder nicht, während wir uns gleichzeitig bewusst nicht auf die am stärksten radikalisierten Köpfe hinter diesen Bewegungen konzentrieren. Beides mit dem Ziel, die Entwicklung demokratischer Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaften zu stärken. Auf keine dieser Herausforderungen sind Träger der politischen Bildung aktuell hinreichend vorbereitet oder agieren aus einer Position der Stärke heraus: In den meisten europäischen Ländern werden aktuell keine strukturierten jugendpolitischen Maßnahmen verfolgt, um politische Bildung /Menschenrechtsbildung als integralen Bestandteil von eigenständiger Jugendarbeit zu stärken und sie sinnvoll innerhalb und außerhalb der Schulen zu integrieren.

Dabei sprechen viele Erfahrungen und Beispiele aus der Praxis für die erfolgreiche Arbeit mit jungen Menschen im Bereich der Entwicklung demokratischer Kompetenzen. Besonders vielversprechend sind Konzepte, die die Schutzräume des non-formalen Lernens bewusst nutzen und mit dem öffentlichen Raum als dem Ort, wo das gesellschaftspolitische, demokratische Geschehen in unseren Gesellschaften stattfindet, verbinden.

Interessante und relevante Initiativen

- **Democracy Go!** Eine Initiative von Studierenden der Universität Budweis: https://www.facebook.com/democracygo/?ref=page_internal
- **Generation Europe:** Generation Europe ist eine Kooperation von 30 Einrichtungen der Jugendarbeit zur Förderung einer aktiven europäischen Zivilgesellschaft. <https://generationeurope.org/en/>
- **Show me a Future:** Ein europäisches Kooperationsprojekt, das populäre Medien und Pop-Kultur wie Science-Fiction, die herkömmlicherweise dazu benützt werden, um sich der Welt mit all ihren Problemen zu entziehen, nutzt, um Ideen zu entwickeln für eine gemeinsame europäische Zukunft und zu Themen, mit denen Europa heute konfrontiert ist <https://www.cge-erfurt.org/show-me-a-future/>.

Was fehlt?

Trotz der überraschend hohen Zahl von politischen Initiativen auf europäischer Ebene, die die Entwicklung struktureller Jugendarbeitssysteme in unseren Ländern stärken und unterstützen, herrscht zwischen dem erklärten politischen Willen in der EU und den tatsächlichen Politiken und Programmen auf den nationalen Ebenen eine große Diskrepanz.

Die Stellung, die die Träger politischer Bildungs- und Menschenrechtsarbeit in ihrer Bedeutung und Funktion im nationalen Politikkontext einnehmen sollen, bleibt häufig ungeklärt. Häufig sind sie in einer vermittelnden Position angesiedelt zwischen formalem Bildungssystem, wo sie als Unterstützer demokratischen Lernens fungieren, und der praktischen Jugendarbeit. In den meisten Ländern fehlt ein eindeutiges politisches Mandat, das den zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Jugendbildungsarbeit den Raum öffnen und ihre Kompetenz, Expertise und Engagement entsprechend würdigen würde.

Auch scheinen die Nichtregierungsorganisationen in den Bereichen Bildungspolitik oder Jugendarbeit selbst nicht ausreichend entwickelt zu sein und verfügen nur über geringe Kapazitäten. In der gegenwärtigen Lage, wo die Bedeutung politischer Bildung und Menschenrechtsbildung angezweifelt und in Frage gestellt wird, geraten sie schnell unter Druck, da sie im nationalen gesamtpolitischen Strategie- und Maßnahmenpaket nicht angemessen verankert sind.

>> POLITIKEMPFEHLUNG:

Nicht-formales Lernen und Jugendarbeit spielen eine entscheidende Rolle bei der Durchsetzung der Pariser Erklärung zur Förderung von Politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung durch Bildung. Formale Bildung allein ist nicht in der Lage, die aktuellen Herausforderungen zu meistern. Sie benötigt ergänzende Strukturen mit dem Fachwissen, der Fähigkeit und der Eigenverantwortung, kohärente Programme umzusetzen. Daher sollten NRO mit Erfahrung in politischer Bildung und Menschenrechtsbildung besser ausgestattet werden. Sie sind ein kompetentes Bindeglied für die Bereiche non-formalen Lernens und formaler Bildung und verbinden ressourcenorientierte Ansätze mit Kompetenzrahmen und curricularen Erfordernissen. Auf europäischer Ebene sollte folglich der Aufbau von Kapazitäten in den Feldern nicht-formaler Bildung (NFE) mit jungen Menschen systematisch sichergestellt

werden, wie es unter anderem das Europäische Parlament in seiner Initiative zum Instrument für europäische Werte (European Values Instrument) gefordert hat².

Politische Akteure auf allen Ebenen, aber auch NRO in Europa, sollten unbedingt – aktiv und in aller Öffentlichkeit – ihre Solidarität und Unterstützung für Bildungsträger aller Art bezeugen, die mit anhaltender Feindseligkeit populistischer Akteure konfrontiert sind.

Schweigen kann nicht, Schweigen darf nicht die Antwort sein.

>> ZUGEHÖRIGE POLITIKMASSNAHMEN:

Informelles Treffen der Bildungsminister*innen der Europäischen Union: Erklärung zur Förderung von staatsbürgerlicher Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung durch Bildung (Paris, 17. März 2015)³

Wirtschaft, Neoliberalismus und Demokratie

Durch unsere Gesellschaften geht ein Bruch, oder um es mit den Worten von Ruth Cohn⁴ sinngemäß auszudrücken: Der Globus verändert sich stark. Gesellschaftspolitische Subsysteme sehen sich rasanten Veränderungen und massiven Herausforderungen ausgesetzt, während die Kapazitäten und Fähigkeiten politischer Systeme, Parteien und Politiker*innen, diese Vorgänge zu steuern und zu beeinflussen, offenbar nachlassen und von Grund auf in Frage gestellt werden. Neoliberale Diskurse und Paradigmen hinterlassen auf der politischen wie auf der gesellschaftlichen Ebene vielfach tief verunsicherte Gesellschaften:

Symptome dafür sind global wachsende Wettstreite um Lebenschancen, um Leistung, um **Startbedingungen, um Status, um Zugang zu Wohlstand und Gesundheit**. Die Herausforderung in unseren hochgradig individualisierten Gesellschaften, im eigenen Leben die richtigen Entscheidungen zu treffen, um sich den Zugang zu wirtschaftlicher, sozialer und politischer Teilhabe zu erhalten, wird für den Einzelnen, die Einzelne immer größer und komplexer. Und die sinkende Zahl von Arbeitsplätzen, individualisierten und nicht-linearen Arbeits- und Lebensbiografien und die Erfahrung, Objekt und Opfer wirtschaftlicher und finanzieller Prozesse geworden zu sein, die weit über die eigenen Fähigkeiten oder Einflussmöglichkeiten hinausgehen, stehen dem entgegen.

² <http://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20180409IPR01230/eu-must-fund-civil-society-organisations-to-secure-eu-values>

³ https://eu2015.lv/images/notikumi/2015-3-10_Erklärung_DE.pdf

⁴ Ruth Charlotte Cohn war die Begründerin der themenzentrierten Interaktion und eine der einflussreichsten Vertreterinnen der humanistischen und der psychodynamischen Psychologie

Über die letzten 25 Jahre hinweg müssen wir gesellschaftlich den Umgang mit einer stark **wachsenden Ungleichheit beim Zugang** zu Wohlstand und Gütern bei Stagnation sozialstaatlicher Fürsorge und einem politischen Diskurs meistern, der den Kampf um den Zugang zu sozialen Rechten fast schon nachrangig erscheinen lässt. Fälle von Korruption und Machtmissbrauch in den Reihen der politischen und gesellschaftlichen „Eliten“ erschweren dies zusätzlich.

Das Versprechen nach Fall des Eisernen Vorhangs, „die Demokratie in Europa“ zu gewinnen, hat weder den gleichberechtigten Zugang zu sozialen Rechten noch mehr Solidarität und eine Gleichheit aller gebracht. Seit Beginn des neuen Jahrtausends, insbesondere aber nach der Finanzkrise 2008/09 (eine Herausforderung, deren Bewältigung ausschließlich aus Sicht der Finanzakteure bewältigt zu sein scheint), teilen große Teile der Bevölkerungen die traumatische Erfahrung von **Instabilität, Austerität und einer Verschlechterung öffentlicher und privater Fürsorge**. Verunsicherung, wirtschaftliche Sorgen, Angst vor finanziellem Verlust, Armut und dem Verlieren der persönlichen Unabhängigkeit ist die Folge.

Dies hat **nachhaltige Auswirkungen** auf unsere Gesellschaften. Menschen stehen unter enormem Druck, sich in immer umfassenderer Weise verantwortlich für ihr eigenes Leben zu zeichnen, was nicht nur gute Vorbereitung, sondern auch ausgeprägte Reflexionsfähigkeiten erfordert. Junge Menschen wachsen heute in einer Welt auf, die Freiheit verspricht und Vorsicht lehrt, die Erfolg verehrt, aber keine Verwendung für kreatives eigenständiges Denken (vielfach die Ursache für Erfolg) hat. Die Auswirkungen solcherart Widersprüche und Erwartungen auf das sich entwickelnde Selbst von Jugendlichen sind dramatisch. Diejenigen, die politische Entscheidungsgewalt ausüben, müssen die Werte und die Handlungslogik der heute Heranwachsenden erst einmal verstehen, ernst nehmen, insbesondere aber lernen, auch darauf einzugehen: Es richten sich vielfältige Erwartungen an junge Menschen, mit wechselseitigen Auswirkungen auf heranwachsende Jugendliche und an ihr sich entwickelndes Selbst.

Die Frage bleibt, ob die Interessen und Ambitionen der jungen Menschen mit den hohen Erwartungen übereinstimmen, die an sie gestellt werden – im Hinblick auf ihre Persönlichkeitsentwicklung, ihr Heranwachsen, ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit; wie sehr sie in der Lage sind, sich selbst Zugang zu ihren Rechten zu verschaffen, insbesondere, was ihr persönliches Engagement und ihre Fähigkeit anbelangt, sich untereinander selbst zu organisieren.

Was ist zu tun?

Politische Bildung und Menschenrechtsbildung reduzierte sich lange, vor allem im Rahmen der europäischen Programme, zu sehr auf den Erwerb sozialer und arbeitsmarktrelevanter Kompetenzen. In den meisten Ländern Europas wird politische Bildung/Menschenrechtsbildung entweder gar nicht oder in nur einem sehr geringen Maße mit der beruflichen Aus- und Weiterbildung verbunden, auch die Arbeitswelt als solche wird bei Angeboten politischer Bildung/ Menschenrechtsbildung nicht hinreichend in den Blick genommen, obwohl sie eine eminent wichtige Rolle für die eigene Entwicklung spielt.

Die theoretischen und konzeptionellen Ansätze, andere Sichtweisen *auf* und Anforderungen *an* Wirtschaft wie auch die Einführung von stärker solidaritätsbasierten Modellen zu diskutieren, wurden insgesamt mit dem Argument der „Alternativlosigkeit der Politik“ vom Tisch gewischt. Es steht somit ernstlich zu befürchten, dass die guten Argumente emanzipatorischer, kritischer Bildung und Denkens (wie beispielsweise im Sozialforum, aber auch in Kooperativen auf lokaler Ebene, der Sharing Economy usw. zu vernehmen) in einen nationalistisch verengten Politikdiskurs übernommen werden. Für die politische Bildung und Menschenrechtsbildung wird dies zu einer entscheidenden Herausforderung: Wir müssen uns für eine solidaritäts- und gleichheitsbasierte Vision von Wirtschaft und Demokratie einsetzen, die explizit auf die Verwirklichung sozialer Rechte, Solidarität und auf eine nachhaltige globale Entwicklung ausgerichtet ist.

Woran fehlt es?

Eine womöglich in Vergessenheit geratene Stärke politischer Bildung und Menschenrechtsbildung ist es, alternative Visionen von Gesellschaft zu entwickeln und Raum für gesellschaftspolitische Utopien zu schaffen. Jugendarbeit und die Entwicklung des non-formalen Lernens als solches haben in vielen europäischen Ländern ihre historischen Wurzeln in Jugendbewegungen, die den Status quo ihrer Gesellschaften grundsätzlich hinterfragten und emanzipatorische Räume und Orte schufen, ein Gestalten, Erdenken und Ausleben von Alternativen zu ermöglichen.

Über Gemeingüter, öffentliche Räume und Waren, den Zugang zu und die Verteilung von Reichtum und die Verantwortung für Bildung in einer Gesellschaft nachzudenken, ist Stärke und Kernaufgabe politischer Jugendbildung. Dies ist naturgemäß nicht revolutionär, sollte aber viel stärker in den Fokus unserer Arbeit genommen werden. Die europäische Jugendstrategie und das Bemühen, Europa noch stärker mit der Alltagserfahrung junger Menschen zu verbinden, werden von einer Vielzahl von Jugendinitiativen sowie

zivilgesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Organisationen getragen. Diese Initiativen sollten ernst genommen werden.

Interessante und relevante Initiativen

- Futures of Europe: Kernidee dieses Projekts ist es, dem simplifizierten „Not this!“ populistischer Bewegungen etwas entgegenzusetzen und die Bürger*innen Europas zu ermutigen, über den Ort, das Land und das Europa der Zukunft nachzudenken, in dem sie leben möchten – und davon zu träumen. <http://futuresofeurope.eu/>
- ATTACADEMIE: Globalisierungsanalyse und Demokratisches Handeln <https://www.bewegungsakademie.de/attacademie/>

>> POLITIKEMPFEHLUNGEN

Eine kritische Einschätzung und Betrachtung von Ökonomie in Bezug auf Machtverhältnisse, Gleichheit, Solidarität sowie den Zugang zu sozialen und wirtschaftlichen Rechten sollten verstärkt Schwerpunkte politischer Jugendbildung und Menschenrechtsbildung werden, da sie eine hohe Relevanz für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaften haben.

Die Herausforderungen, denen sich unsere Gesellschaften derzeit zu stellen haben und die unsere Demokratien belasten, sind auf vielen Feldern Konsequenz einer neoliberalen Politik. Politische Jugendbildung und Menschenrechtsbildung sollte nicht darin verhaftet bleiben, lediglich Kompetenzen für den Arbeitsmarkt zu vermitteln, sondern Instrumente und Fertigkeiten für eine ethische Urteilsbildung, globale Gerechtigkeit und vernünftige Überlegungen zu wirtschaftlichen Alternativen.

Die Europäische Jugendstrategie, aber auch Erasmus+ und die neue Generation von Programmen sollten diesen Aspekten deutlich mehr Gewicht verleihen als bisher. Daher muss auf der europäischen politischen Ebene ein Verständnis dafür entwickelt werden, dass Jugendanliegen nicht nur gelenkt werden dürfen, sondern die Politik vielmehr Instrumente und Mittel bereitstellen muss, um Räumlichkeiten und Möglichkeiten für demokratische Selbstwirksamkeit zu schaffen und die Anliegen junger Menschen einzubeziehen.

In gleicher Weise sollte der Fokus der Kompetenzentwicklung in Prozessen politischer Bildung hinsichtlich des Erwerbs demokratischer Kompetenzen und demokratischen Bewusstseins reflektiert und neu überdacht werden: Wir müssen eine Verbindung herstellen zwischen persönlicher Sinnfindung junger Menschen mit der Vorstellung von Gemeinsinn und gemeinsamer Werte und der Erfahrung demokratischer Selbstwirksamkeit.

>> ZUGEHÖRIGE POLITIKMASSNAHMEN:

COE-Empfehlung CM/Rec (2015)3 zum Zugang von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen zu sozialen Rechten⁵

COE-Empfehlung CM/Rec (2016)7 zum Zugang junger Menschen zu ihren Rechten⁶

Die Jugendstrategie der Europäischen Union 2019 - 2027⁷

Medien, neue Medien und soziale Medien

Die Förderung der **Entwicklung digitaler Kompetenzen, der Medienkompetenz und des kritischen Denkens** ist wichtig. Soziale Medien, neue Informationsquellen und in-time-Verfügbarkeit von Information zeigen in einer vernetzten Welt nachhaltige Auswirkungen auf unsere Gesellschaften und die Möglichkeiten von Menschen, an Ereignissen zeit- und ortsungebunden teilzuhaben und diese zu beeinflussen.

Der Medienmarkt in Europa befindet sich unter starkem ökonomischem Druck. In vielen Ländern fehlen die Mittel, für qualitativ hochwertiges journalistisches Arbeiten und dafür Informationen angemessen zu recherchieren und zu filtern. Die Einführung restriktiver Mediengesetze durch einzelne Staaten, selbst die Ermordung von Journalist*innen in EU-Mitgliedstaaten, zeigt, dass die **Pressefreiheit und die Existenz freier Medien in Europa als Grundpfeiler von Demokratie nicht mehr gewährleistet und fragil geworden sind.**

Der Zugang zu qualitativ hochwertigen und ausgewogenen Informationen ist die Grundlage für jede fundierte Einschätzung von Fakten und Grundbedingung gesellschaftlicher Meinungsbildung. Dem kommt eine zunehmende Bedeutung zu. Denn die einzelnen Menschen stehen unter hohem Druck, sich an die sich ständig verändernden Umstände und Lebensbedingungen anzupassen und damit den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden. Noch immer gründet Demokratie grundsätzlich auf der Annahme, dass eine auf Rationalität gegründete Darlegung von Argumenten überzeugen (engl. rational persuasion) kann. Wir werden jedoch Zeug*innen beunruhigender Entwicklungen: falsche Agenten, Fake News, Hoaxes, der Einfluss externer Akteure, das Wiederaufkommen von Propaganda verbunden mit der Strategie radikaler Bewegungen, ihre Zuhörer- und Anhängerschaft vom breiteren öffentlichen Diskurs und qualitätsvollen Informationen zu trennen. Ist dies erst einmal gelungen verbleiben sie in einer Welt von Echokammern, Filterblasen in denen sich Voreingenommenheit verfestigen kann. Auch wir als

⁵ <https://www.coe.int/en/web/enter/the-recommendation>

⁶ <https://book.coe.int/eur/en/legal-instruments/7272-young-people-s-access-to-rights-recommendation-cmrec20167-and-explanatory-memorandum.html>

⁷ https://www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/4-20-3999/eu_justrat2019_de_rat.pdf

Pädagog*innen sind herausgefordert, darauf prompte und passende Antworten zur Bearbeitung zu finden.

Was ist zu tun?

Es gibt inzwischen eine Vielzahl hochwertiger Ansätze, um aus einer ressourcenorientierten Perspektive mit Jugendlichen Themen wie Hassreden, Desinformation und Fake News zu bearbeiten. Sie reichen von einwöchigen Workshop-Konzepten bis hin zu kurzen Exkursen, die speziell für den Einsatz im Klassenzimmer entwickelt wurden. Gerade in der Social Media-Arbeit mit Jugendlichen werden online wie offline qualitätvolle Konzepte angeboten. Das Angebot unterstützt den Aufbau von Fähigkeiten zur Nutzung von Medien, der Herstellung von Medien bis hin zum kritischen Reflektieren über und Nutzen von Medien wie auch der Beobachtung der Medienlandschaft unter dem Aspekt des Konsumverhaltens.

Die Fähigkeiten zu kommunizieren, zu interagieren und vernetzt zu bleiben, sind wichtige Voraussetzungen für demokratisches Zusammenleben. Gerade im Bereich der politischen Jugendbildung bauen bestimmte Konzepte positiv auf solchen Fertigkeiten auf, statt sich allein auf die potenziellen Gefahren zu konzentrieren. Diese Ansätze integrieren die drei grundlegenden Dimensionen von Digitalisierung und Jugendarbeit auf positive, befähigende Art und Weise:

- nachzuvollziehen, wie Digitalisierung Gesellschaften prägt, einschließlich ihrer Folgewirkungen auf Jugend und Jugendarbeit;
- in der Lage zu sein, das Nutzungsverhalten von digitalen Medien Jugendlicher in die praktische Jugendarbeit einzubeziehen;
- Jugendliche dazu motivieren zu können, den Digitalisierungsprozess (mit) zu gestalten.

Woran fehlt es?

In den meisten Ländern werden – wie beispielsweise im Rahmen der No-Hate-Speech-Kampagne des Europarates – Ansätze verfolgt, um mit jungen Menschen Themen wie Hassreden, Fake News und Gegenstrategien zu diskutieren.

Es mangelt jedoch an pädagogischen Konzepten, die diese Phänomene auch im Kontext einer tiefgehenden Medien- und Medienmarktanalyse behandeln. Diese Aspekte sollten unbedingt mit den Perspektiven von Demokratie, Meinungsbildung und Menschenrechten verbunden werden.

Junge Menschen fordern ehrliche Makler*innen,⁸ die den Zugang zu und die Einschätzung von Informationen ermöglichen, wobei ungeklärt bleibt, wie solche Instrumente aussehen könnten oder sollten. Politische Jugendbildung /Menschenrechtsbildung ist aufgefordert, sich hier zu engagieren, indem sie die Kooperation von Bildung und Jugendarbeit mit Medienorganisationen, Aktivist*innen und rechtlichen Aspekten und Akteuren fördert und verstärkt.

Politische Bildung kann und muss Mittel und Räume zur Verfügung stellen, die das Nachdenken über die Bedingungen für kritischen Journalismus, die Wichtigkeit demokratischer Medien und von Medien in einer Demokratie ermöglichen; mehr noch: Unsere Arbeit muss die Verbindung herstellen zwischen den übergeordneten gesellschaftlichen Kategorien „Zugang“, „Kontrolle“, „Macht“ und den Fähigkeiten und Fertigkeiten jedes*jeder Einzelnen, als verantwortungsbewusste*r demokratische*r Bürger*in handeln zu können.

Angesichts der enormen Herausforderung dysfunktionaler Medienmärkte und des Drucks auf die Informationsmedien müssen wir kritisch hinterfragen, ob der*die Einzelne nicht damit überfordert ist, Auswahl, Filterung und Prüfung der Qualität solider Ressourcen zu bewältigen. Hier hat der Bereich der politischen Jugendbildung/Menschenrechtsbildung erwiesenermaßen rasch reagiert und fundierte Konzepte und angemessene Offline- und Online-Trainings-Tools entwickelt. Als Vermittler*innen politischer Jugendbildung/Menschenrechtsbildung können wir mit unserer Erfahrung und unseren Konzepten des nicht-formalen Lernens einen Beitrag leisten.

Interessante und relevante Initiativen

- Zwischen Fakten und Fake: Mit Medienkompetenz gegen Falschinformationen (= engl. between Facts and Fake: Building Resilience to Misinformation)
<http://partnersbg.org/2018/06/english-between-facts-and-fake-building-resilience-to-misinformation/?lang=de>
- *Staring at Goats - Propaganda, Scapegoating and the „Other“ 1918-2018[2018-19]:* Dieses Projekt trägt das No Hate Speech Movement („Bewegung gegen Hassrede“) des Europarates durch die Entwicklung und Umsetzung einer Online-Kampagne weiter, die aktuelle Online- und Offline-Herausforderungen von Hate Speech mit ihren historischen Präzedenzfällen des vergangenen Jahrhunderts verbindet.

⁸ Vgl. bspw. JIM-Studie 2017 über Jugendliche und Mediennutzung; COE report on Information disorder; Toward an interdisciplinary framework for research and policy making; <https://rm.coe.int/information-disorder-report-2017/1680766412>

>> POLITIKEMPFEHLUNG

Die Europäische Kommission und der Europarat haben erkannt, dass der Demokratie Gefahr droht. Es ist an der Zeit, konkrete Schritte zu unternehmen und von Lippenbekenntnissen zu konkreten Maßnahmen auch in programmatischer Hinsicht überzugehen: Freie Informationsmedien erfüllen eine grundlegende und zentrale demokratische Versorgungsleistung. Daher sollte die EU die Unterstützung von Fortbildung, Mobilität, Gedankenaustausch/Debatten junger Journalist*innen und Studierender der Kommunikations- und Medienwissenschaften in ihren Programmen zu Bildung und Medien fördern.

Weshalb gibt es keine EU-Programme wie das Jean Monnet-Programm⁹ für Medien und Redaktionen? Jede*r Landwirt*in, jede*r Fischer*in kann auf Unterstützung der EU bauen und Jugendliche erhalten bereits kostenlose Interrail-Tickets für Fahrten durch Europa – und all dies ohne jede pädagogische Begleitung?

Der Erwerb demokratischer Kompetenz sollte integraler Bestandteil jeder Bemühung von Jugendarbeit sowie nicht-formaler und formaler Bildung zur Schaffung einer demokratischen Kultur sein. Es müssen hierzu Strukturen geschaffen werden für den Austausch, die Diskussion, die Betrachtung und die Erprobung von Konzepten unter Pädagog*innen und Trainer*innen. Zentrale Verantwortung der europäischen Ebenen und Institutionen ist es, von sich aus geeignete Mittel, Instrumente und Strukturen, wie Orte, Räume und Foren für Interaktionen und Fortbildung, Ressourcen zum Publizieren und für den Austausch über aktuelle Jugendforschung gerade zu den Fragen von Medienkompetenz bereitzustellen.

Maßnahmen dieser Art sind logischerweise an ein funktionsfähiges und ausdifferenziertes Arbeitsfeld der Jugendbildungsarbeit gebunden, wie es in der Europarats- Charta zur Jugendarbeit gefordert wird.¹⁰ Bestehende Berichts- und Evaluationsmechanismen, wie z. B. die der Europarats-Charta zur politischen Bildung und Menschenrechtsbildung, die Eurydice-Studien, sollten dies stärker berücksichtigen. Die Integration politischer Bildung in Jugendarbeit sollte zwangsläufig als Qualitätsindikator für die öffentliche Verantwortung zur Demokratiebildung auf staatlicher Ebene angesehen werden, wobei der öffentlichen Hand eine Kernverantwortung für die finanzielle Unterstützung zukommt.

⁹ https://eacea.ec.europa.eu/erasmus-plus/actions/jean-monnet_de

¹⁰ Charta des Europarates zur Jugendarbeit

https://search.coe.int/cm/Pages/result_details.aspx?ObjectID=09000000001680717e78e78

veröffentlicht 2017 vom COE-Ministerrat, der eine besser ausgearbeitete systemische Struktur von Jugendarbeit fordert.

>> ZUGEHÖRIGE POLITIKMASSNAHMEN:

No Hate speech Movement: Online-Jugendkampagne des Europarates¹¹ gegen Hassrede und für Menschenrechte sowie entsprechende nationale Kampagnen.

Berichtswesen an die Europäische Grundrechteagentur (FRA) zur europäischen Grundrechtssituation, Eurydice – Studien

Berichtswesen zur COE Charta für politische Bildung und Menschenrechtsbildung

Digitalisierung und ihre ethischen Dimensionen

Die zunehmende Digitalisierung beschleunigt das **Tempo der Veränderungen, die unser Leben beeinflussen**. Auch wenn digitale Technologien uns das Leben in vielerlei Hinsicht erleichtern, bringen sie gleichwohl etliche zusätzliche Belastungen mit. Wie schon bei der Medienkompetenz, so stellen sich bei der Entwicklung digitaler Kompetenzen in allen Bildungsbereichen neue Herausforderungen. Digitalisierung ist allumfassend und bezieht sich auf alle Aspekte unseres Lebens auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Grundlegende Fragen zum **Zugang, zur Teilhabe sowie zur Verteilung, zu Auswirkungen, Kontrolle und Nutzen** müssen kontinuierlich in aller Öffentlichkeit gestellt und erörtert werden, zumal sie eine ausgeprägt ethische Dimension beinhalten.

Was ist zu tun?

Für die Fragen von Solidarität, demokratischer Entscheidungsfindung, Zugang, Ausgleich und Kontrolle von Macht sowie allgemein zur Teilhabe an Gesellschaft bleibt die Fähigkeit zur Entwicklung digitaler und medialer Kompetenzen eine besondere Herausforderung. Der (offene) Zugang zu Daten und deren Kontrolle sowie ihre transparente und demokratisch kontrollierte Nutzung und ihre Anwendung auf die Gesellschaft stellen grundlegende Herausforderungen für unsere heutige Demokratie dar.

Die Notwendigkeit ethischer Urteilsbildung und kritischer Betrachtung von Digitalisierung, ihrer Nutzung und Produktion aus Sicht der Bürger- und der Menschenrechte ist eine Aufgabe, welche die Entwicklung fortgeschrittener zivilgesellschaftlicher und sozialer Kompetenzen erfordert, die über das aktuelle Instrumentarium politischer Bildung/

¹¹ <https://www.coe.int/en/web/no-hate-campaign>

Menschenrechtsbildung deutlich hinausgehen und deren Bearbeitung auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene angegangen werden muss. Ungelöste ethische Dilemmata schüren Ängste und nähren deren Verbreitung in allen modernen Gesellschaften.

Was fehlt?

Der Forderung eines integrierten Ansatzes zur Verbindung der gesellschaftlichen und ethischen Dimensionen der Digitalisierung mit den Konzepten politischer Bildung, die näher an den Lebensrealitäten der Lernenden dran ist, ist politische Bildung/Menschenrechtsbildung bislang kaum nachgekommen. Die Dimensionen des digital induzierten/ermöglichten Wandels decken alle Aspekte des Lebens in beschleunigter Form ab: intelligente Städte, Wirtschaft, Sicherheit, Gesundheit und Wohlbefinden, die Allgegenwart großer Datenmengen, um nur einige zu benennen. Es herrscht immenser Bedarf an Räumen und Kapazitäten zur digitalen Ermächtigung und zu vernünftiger Reflexion. Die Verknüpfung von Bürgerschaft, Demokratie und Menschenrechten mit dem digitalen Umfeld stellt politische Jugendbildung und Menschenrechtsbildung vor eine enorme Aufgabe. Sie geht über Information und Medien- und App-Nutzer*innen-Aspekte weit hinaus, während sie gleichzeitig Themen wie Privatsphäre, Autonomie usw. in einer digitalisierten Welt reflektiert, akzentuiert und ermöglicht.

Interessante und relevante Initiativen

- Algorithmus – Gedanken über programmierte Gesellschaften: <https://wannseeforum.de/de/algorithmus>
- Was bedeutet das für unser Handeln in einer Welt, in der alles „programmiert“ zu sein scheint? <https://wannseeforum.de/de/programmierte-gesellschaft>
- Unser digitales Leben: Über künstliche Intelligenz und Verantwortlichkeiten in unserer Smart City: <https://wannseeforum.de/de/unser-digitales-leben>

>> POLITIKEMPFEHLUNG

Aktuell scheint die Mehrheit der Träger politischer Bildung mit Jugendlichen allenfalls in der Lage, Objekt der beschriebenen Entwicklung zu sein, statt diese aus subjektorientierter gestaltender Position voranzutreiben und zu entwickeln. Zahlreiche Ansätze zur Entwicklung von Medienkompetenz und digitalen Kompetenzen, zu E-Learning und Werkzeugen zur Integration in beliebige Lernformate bieten Ausgangspunkte. Im Umfeld von politischer Bildung/Menschenrechtsbildung selbst aber mangelt es noch an Analysefähigkeit, Klarheit und Motivation zum Zusammenwirken mit Entwickler*innen, Philosoph*innen und anderen

Akteur*innen, um ein Nachdenken über die App-Oberfläche hinaus zu ermöglichen und dementsprechend auch Ansätze nicht-formalen Lernens weiter zu entwickeln. Politische Bildung/Menschenrechtsbildung sollte dringend eine Brücke schlagen zwischen Menschenrechten, demokratischer Bürgerschaft und dem digitalen Umfeld, um aktive gestaltende Verbindungen zwischen Menschenrechten und Demokratie auf der einen und den Dimensionen digitaler Instrumente und Anwendungen, Daten und Infrastruktur auf der anderen Seite herzustellen.

Ethik und Zugang: Digitalisierung schafft potenziell neue Trennlinien in unseren Gesellschaften, während das Versprechen von Demokratie und Menschenrechten in Aussicht stellt, allen Menschen gleichermaßen Zugang und Teilhabe an allen Aspekten unserer Gesellschaften zu ermöglichen. Digitale Ressourcen, Medien, Daten und Infrastruktur müssen also für Erwachsene ebenso wie für Jugendliche, Kinder, Schwerhörige oder Sehbehinderte und diejenigen, die sich keine solche Geräte leisten können oder keinen Zugang zu den nötigen Sprachen, technischen Codes und entsprechenden Möglichkeiten haben, zur Verfügung gestellt werden.

>> ZUGEHÖRIGE POLITIKMASSNAHMEN:

Entwicklung digitaler Jugendarbeit – Politikempfehlungen, Schulungsbedarf, Beispiele bewährter Verfahren für Jugendarbeiter*innen und Entscheidungsträger*innen: im Rahmen des EU-Arbeitsplans für die Jugend für die Jahre 2016-2018 eingesetzte Expertengruppe.¹²

Bildung

Die dargestellten Entwicklungen fordern unsere Gesellschaften heraus und können leicht in vielfältige Krisen und Widersprüche ausarten. Politische Bildung und Menschenrechtsbildung darf diese Gefahren nicht ausblenden und wird, ebenso wie die Jugendlichen selbst, Antworten darauf finden müssen. Politische Bildung und Menschenrechtsbildung sind zweifellos ein zentrales Handlungsfeld. Sie müssen daher in und auf allen Bereichen formaler wie nicht-formaler Bildungs- und Jugendarbeit bezogen, darin eingebettet und umfassend angewendet werden. Bildung bezieht sich auf ein weites Feld – in welchem Schule nur ein einzelner Aspekt ist – und gilt für Jugendarbeit, nicht-formale Lernstrukturen und jede Form informeller Bildung gleichermaßen.

¹² <https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/f01e8eee-07cb-11e8-b8f5-01aa75ed71a1/language-en/format-PDF/source-search>

Mittel bereitzustellen, jungen Menschen durch Methoden, Ressourcen und Werkzeuge beizustehen, damit sie sich orientieren und folgenreiche Entscheidungen mit Auswirkungen auf alle Bereiche ihres eigenen Lebens und anderer Menschenleben in der Gesellschaft **treffen können**, ist eine gewaltige Aufgabe! Sie geht weit über das vorherrschende Ziel hinaus, Jugendliche vollzupacken, zu überfrachten und zu drillen, um „kompetenzgeladene“ Wesen aus ihnen zu machen, wie aktuell leider in den meisten Schulsystemen der Fall. Sie richtet den Fokus auf die **Entwicklung von Mitteln und die Ermöglichung von Bedingungen, um ein Leben aus einer Perspektive ethischen Entscheidens und Argumentierens** heraus zu führen. Angesichts der Schwierigkeit, als Weltbürger*in einen Standpunkt zu entwickeln, ist leider auch dies ein Feld, auf dem sich Erzieher*innen und Pädagog*innen seit jeher nicht so gut gerüstet fühlen, wie sie könnten. Und oft fehlt es an angemessener Unterstützung und den nötigen Ressourcen.

Was ist zu tun?

Politische Bildung/Menschenrechtsbildung ist ausgerichtet auf Emanzipation und das Erwecken von Neugier. Es gilt, Jugendliche mit den nötigen Instrumenten auszustatten, damit sie sich zusammenschließen, sich organisieren und kritisches Denken entwickeln können. In einem sich beschleunigenden Lebensumfeld, in dem eine wachsende Zahl wichtiger Entscheidungen den Einzelnen überlassen wird, sollten wir auch das Private in seiner neu entstehenden politischen Dimension neu erkunden. Das kann sehr wohl anspruchsvoll, schwierig, desillusionierend und belastend sein. Politische Bildung und Menschenrechtsbildung zielen darauf ab, dass Jugendliche Empathie entwickeln, sich auf Kontroversen einlassen können und gleichzeitig leidenschaftlich und neugierig bleiben. Ein Schlüssel dazu, Lernumgebungen zu schaffen, die so etwas ermöglichen, ist es, junge Menschen selbst in die Gestaltung dieser Räume mit einzubeziehen, auch bei der Beantwortung der Frage, was überhaupt Menschenrechtsbildung sein und wie sie vermittelt werden soll.

Die Ressourcenorientierung nicht-formaler politischer Jugendbildung und Jugendarbeit und ihre Verwurzelung in den Lebensrealitäten junger Menschen haben sich als hilfreiche Konzepte für den Aufbau solcher Kapazitäten erwiesen. Sie verbinden die Dimensionen des Wissenserwerbs mit menschenrechtsbewusstem Handeln und demokratischer Haltung - Prozesse, die sich nicht in einem einzelnen Sektor oder Lehrplan bearbeiten lassen, sondern unterstützt und integriert werden müssen. Die Kooperation zwischen den unterschiedlichen Bereichen von Bildung und Jugendarbeit und die Schaffung solcher Lernangebote sind nötige Voraussetzungen zur Unterstützung der Entwicklung widerstandsfähiger demokratischer Gesellschaften: **Demokratie muss gelebt werden, um gelernt zu werden.**

Genau dafür ist das DARE-Netzwerk eigentlich ein Synonym, da es die Akteure und Ansätze von Menschenrechtsbildung und politischer Bildung miteinander verbindet, wie auch formales und nicht-formales Lernen.

Die (Wieder-)Einführung nationalistischer Curricula, die Tilgung der Menschenrechtsthematik aus Lehrplänen und das Infragestellen bürgerschaftlichen Engagements junger Menschen in vielen Ländern Europas sprechen eine eindeutige Sprache: ein Ansatz, der auf politischer Bildung/ Menschenrechtsbildung basiert, eine solide Struktur der Jugendarbeit und der Abbau von Hürden der Zusammenarbeit zwischen formaler und nicht-formaler Bildung sind Instrumente, um die sich Europa bei der Entwicklung einer widerstandsfähigen Demokratie bemühen muss.

Was fehlt?

Was trotz zahlreicher guter und zielgerichteter Ansätze für die Kooperation von Jugendarbeit und Schulen, von nicht-formalem und formalem Lernen, fehlt, sind in den meisten europäischen Ländern nach wie vor staatlich geförderte Strukturen der Jugendarbeit und des nicht-formalen Lernens, welche politische Bildung und Menschenrechtsbildung systematisch mit einbeziehen würden. Doch Hürden, die aus eben diesem nicht kohärenten Zusammendenken formaler wie nicht-formaler Bildung und dem Mangel an soliden Strukturen der Jugendarbeit resultieren, stehen dem entgegen.

NRO sind am besten in der Lage, beide Bereiche zu verbinden und Kooperationen zwischen formaler Bildung und Jugendarbeit zu leisten. Auch dies zeigt die Analyse von STEPS. Denn sie können Expertise in den Feldern „Politikentwicklung“, „methodische Ansätze“ und „strategische Entwicklung von Inhalten und Ressourcen“ einbringen.

Interessante und relevante Initiativen

- Seminare für Klassensprecher*innen und Befähigung zur demokratischen Partizipation in Schulverwaltungsräten: <https://www.kurt-loewenstein.de/taxonomy/term/202/>
- Beratung/strukturierte akademische Kontroverse: <https://amabsadoriiprietenieitargoviste.wordpress.com>
- Konfliktlösungs- und Vermittlungsprogramm an bulgarischen Schulen: <http://partnersbg.org/2017/09/uchenitsi-mirotvortsi/?lang=de>
- Das DEMBRA-Projekt ist ein Werkzeug für Lehrer*innen und Schulleitungen, um die Jugendlichen in den Entscheidungsprozess in den Schulen einzubeziehen und kritisches Denken zu fördern: <http://dembra.no/>
- Schulsozialraumanalysen – Demokratiestärkende Bildungsarbeit im ländlichen Raum: <https://soziale-bildung.org/forschung/abgeschlossene->

[projekte/schulsozialraumanalysen-im-rahmen-des-modellprojektes-demokratiestaerkende-bildungsarbeit-im-laendlichen-raum/](#)

>> POLITIKEMPFEHLUNG

Grundlegendes Ziel europäischer Politik ist es, die strukturellen Bedingungen der non-formalen Jugendarbeit zu verbessern und Kooperationen zwischen non-formaler und formaler Bildung auszubauen. Und gerade jetzt ist die Förderung solcher Programme auf EU-Ebene wichtiger denn je. Denn mit der steigenden Zahl rechtspopulistisch regierter Länder in der EU wird nicht nur der politische Wille schwinden, Strukturen wie diese, die dem Menschenrechtsgedanken so grundsätzlich verpflichtet sind, zu fördern, sondern sich sogar Widerstand dagegen regen. Je mehr unabhängige Strukturen bestehen, desto effektiver wird sich Populismus bekämpfen lassen.

Die nationalen Agenturen haben im Programm Erasmus+ unter Beweis gestellt, dass sie zu jugendpolitischem Agenda Setting in positiver Weise in der Lage sind. Sie sollten die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen nicht-formalem und formalem Lernen strategisch unterstützen. Dies v.a. im Hinblick auf die bestehende Notwendigkeit, im Bildungsbereich einen Paradigmenwechsel durchzuführen: vom Kompetenzerwerb für den Arbeitsmarkt und einer vorrangigen Ausrichtung auf wirtschaftliche Verwertbarkeit hin zu einer Verbindung und Förderung demokratischer Befähigung und Resilienz. Insbesondere als sich sowohl an Jugendarbeit wie an Bildung generell auch die Erwartung richtet, die Radikalisierung junger Menschen zu verhindern.

Der Europarat sowie Institutionen wie Eurydice, aber auch Peer-Learning-Aktivitäten im Jugendbereich sollten Erfolgsbedingungen einer Sektor übergreifenden Kooperation zwischen formaler und nicht-formaler Bildung – vor allem im Bereich Demokratieerziehung (Citizenship Education) – prüfen und sie reflektieren.

Ebenso bedarf es konkreter Maßnahmen der europäischen Mitgliedsstaaten für den Austausch von Konzepten zu und zum Kapazitätsaufbau von Akteuren nicht-formaler politischer Bildung und Jugendarbeit.

In Zeiten, in denen NRO als Träger politischer Jugendbildung und Menschenrechtsbildung in immer mehr Ländern angegriffen, unter Druck gesetzt und kriminalisiert werden, besteht auf allen Ebenen das eindeutige Gebot, aktive Solidarität zu zeigen und entsprechende Angriffe grundsätzlich zu ächten. **Schweigen kann und darf nicht die Antwort sein!**

>> ZUGEHÖRIGE POLITIKMASSNAHMEN:

Europarats-Charta zur politischen Bildung und Menschenrechtsbildung

Empfehlung CM/Rec(2010)7¹³

Empfehlung CM/Rec(2017)4 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über Jugendarbeit¹⁴

Empfehlung des Rates zur Förderung gemeinsamer Werte, inklusiver Bildung und der europäischen Dimension im Unterricht¹⁵

Ziele für Nachhaltige Entwicklung, Ziel 4. Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern (insbesondere Ziel 4.7)¹⁶

Radikalisierung und eine Veränderung der Wahrnehmung von „Radikalität“

Antidemokratische Bewegungen und autoritäre Führungspersonen verändern die Lesart davon, was als **Radikalisierung** wahrgenommen wird. Es besteht die Gefahr, dass „Radikalisierung“ einseitig mit Migration, Anti-Islamismus und radikalisierten Muslimen in Verbindung gebracht wird. Und jeder weitere Terroranschlag, jede weitere antisemitische Agitation usw. gießen zusätzlich Öl ins Feuer. Als Konsequenz wurden in nahezu allen Ländern **nationale Präventions- und De-Radikalisierungsprogramme** entwickelt, in denen Jugendarbeit eine Schlüsselrolle zukommt, um Radikalisierungstendenzen entgegenzuwirken.

Präventionsarbeit, Intervention und Fallarbeit benötigen gut verankerte Jugendarbeitssysteme in den jeweiligen Ländern, aber auch einen Ansatz, der den vielen verschiedenen Aspekten Rechnung trägt, die für eine gute Jugendarbeit entscheidend sind. In den meisten Ländern jedoch **sind Jugendarbeitssysteme machtlos und unzureichend ausgestattet**: Das Verengen von Jugendarbeit allein auf Präventions- und De-Radikalisierungsarbeit wird somit zu einer riskanten Strategie.

Sicherheitsbedenken spielen in den Debatten um Radikalisierung eine große Rolle. Allerdings **sollten sie nicht auch die Konzepte von Selbstorganisation und**

¹³ <https://www.coe.int/en/web/edc/charter-on-education-for-democratic-citizenship-and-human-rights-education>

¹⁴ https://search.coe.int/cm/Pages/result_details.aspx?ObjectID=09000000001680717e78e78

¹⁵ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?qid=1528379535771&uri=CELEX:32018H0607%2801%29>

¹⁶ <https://sustainabledevelopment.un.org/sdg4>

jugendorientierten Freiräume bestimmen: Denn dies sind Bereiche, in denen Jugendliche ihre Ansichten entwickeln und einen demokratischen Umgang erlernen können. Sollen staatliche Präventions- und De-Radikalisierungsstrategien etwas bewirken, braucht es funktionsfähige Strukturen und bestimmte Kompetenzen und Kompetenzmodelle von Jugendarbeit im Allgemeinen, auf die diese aufbauen können.

Sich widersetzen, radikal und herausfordernd sein, protestieren – all das muss in einer Demokratie nicht zwangsläufig etwas Schlechtes bedeuten. Der Kontext ist sehr viel komplexer. Radikales Denken und Handeln spielt und spielte seither eine zentrale Rolle, wenn es darum ging, ein Mehr an Demokratie einzufordern: die Durchsetzung der Menschenrechte, die Teilhabe an den Errungenschaften unserer Gesellschaften, wie wir sie heute haben (siehe: Frauenwahlrecht, Minderheitenrechte, Fragen von Gender und Vielfalt u.v.m.). **Demokratie ist kein statisches Konzept. Sie ist prozesshaft und lebt von Entwicklung. Nicht nur mitzulaufen und einverstanden zu sein, sondern auch Utopien und alternative Lebensentwürfe zu entwickeln und zu diskutieren, ist ein wichtiger Wesenszug einer demokratischen Grundhaltung.** Wenn die staatlichen Ebenen massiv Einfluss auf das Verhalten des/der Einzelnen nehmen und eine Vereinheitlichung oder Normalisierung durchsetzen wollen, dann werden diese Fragen zu einem Top-Thema und sind von vorrangiger Bedeutung für das demokratische Zusammenleben, für Solidarität und den Zugang zu den sozialen Rechten in der Gesellschaft.

Im Bereich politischer Jugendbildung sind die Ansätze zur Arbeit mit Jugendlichen in der Regel positiv ressourcenorientiert: Sie bauen eher auf Empowerment, auf einer Förderung der Stärken auf, denn auf Defizitorientierung. Dies soll den Aufbau demokratischer Kapazitäten unterstützen und jeder Form von Intoleranz und antidemokratischen Einstellungen auf allen Ebenen entgegenwirken. Nach einem Verständnis von Präventionsarbeit sind alle diese Ansätze verfügbar, erweiterbar und nutzbar.

Allerdings beinhalten die verfügbaren Konzepte nicht automatisch die Fähigkeit und Expertise, mit antidemokratischen Ideologien und ihren Verfechter*innen umzugehen, noch sind die Kapazitäten plan- oder eine erfolgreiche De-Radikalisierung erwartbar (z. B. Exit-Arbeit).

Die Erwartung, dass politische Bildung / Menschenrechtsbildung in der Jugendarbeit zur De-Radikalisierung beiträgt, ohne dass der Staat dafür von sich aus angemessene Ressourcen entwickelt und bereitstellt, birgt Gefahren und Fehlschlüsse. Die einzigen vielversprechenden Konzepte, die dem STEPS-Projekt in diesen Bereichen begegnet sind, stammen aus Ländern in Europa, in denen Jugendarbeit bereits breit verankert, vielfältig und hochoberfahren

ist, und politische Jugendbildung und Menschenrechtsbildung als Ansatz strukturell integriert wird.

Der Begriff „Radikalisierung“ selbst ist mit Vorsicht zu verwenden. Offenbar sind in vielen Ländern die Diskurse als solche *rechtslastig* geprägt. Denn oft begegnen wir Äußerungen wie: „In unserem Land gibt es kein Radikalisierungsproblem, es leben ja auch kaum Muslime hier“. Dies unterstreicht eindrucksvoll, wie gefährlich und irreführend kurzsichtige Analysen des Phänomens „Radikalisierung“ sein können und wie leicht sich Begriffe darauf reduzieren lassen, bestimmte Problemlagen gesellschaftlichen Gruppen als Ganzes anzulasten. Besonders brisant wird es, wenn keine Strukturen der politischen Bildung / Menschenrechtsbildung (und andere wie z. B. freie Mediendiskurse usw.) bestehen, die dazu geeignet wären den Status quo einer Gesellschaft /eines Landes wirkungsvoll zu hinterfragen.

Demokratische Werte per se stehen im Widerspruch zu Rechtsextremismus und einer Radikalisierung, die die Anwendung von Gewalt rechtfertigt. Daraus folgt, dass das Erlernen und Verinnerlichen demokratischer Werte extremen, demokratiefeindlichen Einstellungen entgegenwirken kann. Jugendliche, die die Erfahrungen machen (können) dazuzugehören, in einem demokratischen System beteiligt und akzeptiert zu werden und Verantwortung in demokratischen Prozessen übernehmen zu können, sind weit weniger gefährdet, Gewalt, Rassismus und Extremismus anheimzufallen. Demokratische Resilienz unter Jugendlichen zu entwickeln, meint Orte und Gelegenheiten zu schaffen und bereitzuhalten, wo sie erfahrungsgeleitet lernen und sich aktiv in das politische und gesellschaftliche Geschehen einbringen können. Dies ist die Basis für jedwede Art von Demokratiepädagogik. Eine gelebte demokratische Kultur in diesem Sinne ist eine Präventionsmaßnahme gegen Populismus und Radikalisierung.

Was ist zu tun?

- Prävention, Radikalisierung und De-Radikalisierung sind Themen, die sich nicht allein auf Jugendfragen und Jugendpolitik(en) beziehen. Deshalb muss ein multidimensionaler, auf die Gesellschaft im Allgemeinen abzielender Ansatz entwickelt werden.
- Als Bilder*innen müssen wir uns stärker mit unserem gesellschaftlichen Umfeld verbinden. Wir müssen uns für eine Ausweitung und aktive Wiedergewinnung demokratisch- zivilgesellschaftlicher Räume, öffentlicher Räume sowie für ihre Ausstattung und ihre Einrichtungen einsetzen.

Was fehlt?

Fast allen EU-Mitgliedstaaten fehlen flächendeckend integrierte Ansätze von Jugendarbeit und Jugendpolitik sowie Angebote nicht-formalen Lernens. Jugendpolitische Strategien beziehen politische Bildung und Menschenrechtsbildung nicht ausreichend mit ein und machen kaum aktiv Gebrauch vom Wissen und von der Erfahrung zivilgesellschaftlicher Akteure. Sie befassen sich wenig mit vorhandenen Kompetenzen aus den Erfahrungen im Bereich der Jugendorganisationen und NRO und sprechen diesen auch ungerne Kompetenz zu. Im Gegenteil – überall in Europa sehen wir mehr und mehr (Frei)Räume für die Zivilgesellschaft schwinden, Kürzungen im Jugendetat und weniger Auswertungen und Programme, die in den vergangenen zehn Jahren dem Sparzwang unterlegen waren.

Der Aufbau von Kapazitäten in der Jugendarbeit und im non-formalen Lernen ist auf mehreren Ebenen mit der spezifischen Dimension der Radikalisierungsprävention verbunden, die darin besteht:

- Jugendliche zu unterstützen und sie für demokratische Beteiligung zu befähigen
- das Arbeitsfeld als solches zu befähigen, seinen eigenständigen Diskurs fortzusetzen und seine eigenen professionellen Standards festzulegen und zu definieren
- die Mitarbeitenden vor Ort zu befähigen, als effiziente demokratische Akteure Politiken und Programme zu hinterfragen statt sie widerspruchslos zu übernehmen.

Interessante und relevante Initiativen

- European Radicalisation Awareness Network (RAN) (EU-Netzwerk für die Präventionspraxis): https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/about-ran/ran-exit_en
- HAYAT-Deutschland Beratungsstelle Deradikalisierung: <https://hayat-deutschland.de/>
- Netzwerk zur Gewaltprävention:
 - European Practice Exchange (EPEX): <http://violence-prevention-network.de/de/aktuelle-projekte/european-practice-exchange>
 - PREPARE - Preventing radicalisation through probation and release: <http://violence-prevention-network.de/de/aktuelle-projekte/prepare>
 - Beratungsstelle KOMPASS - Toleranz statt Extremismus, <http://www.violence-prevention-network.de/de/aktuelle-projekte/beratungsstelle-kompass-toleranz-statt-extremismus>

>> POLITIKEMPFEHLUNG

Es sollte eine aufrichtige Debatte über die Ausstattung und Kapazitäten von politischer Bildung und Menschenrechtsbildung und von Jugendarbeit in unseren Ländern geführt werden. Institutionen auf europäischer Ebene sind verantwortlich, Programme und Entwicklungen überall dort zu unterstützen, wo die Nationalstaaten versagen. Europäische Maßnahmen sollten Programme zum Aufbau von Kapazitäten vorsehen, um die Entwicklung solcher Träger/Strukturen auf nationaler Ebene zu unterstützen. Ohne eine fundierte Analyse des Arbeitssektors Jugendarbeit fällt es schwer, diese politischen Handlungsfelder zu schaffen, während gleichzeitig das europäische Berichtswesen nicht vorsieht, die vorhandene Expertise und Kapazitäten von NROs und Jugendorganisationen der Jugendarbeit ausreichend in die Analysen mit einzubeziehen.

Wir sollten eine Bestandsaufnahme der Räume für Jugendliche in Europa erstellen: Es müssen dringend reale Freiräume geschaffen und bereitgestellt werden, in denen sich Jugendliche frei ausdrücken und demokratische Rechte und Pflichten erlernen können, und welche gleichzeitig Lernräume zur Einübung von Respekt und Toleranz und demokratischer Selbstwirksamkeit sind.

Der vom Europarat entwickelte Referenzrahmen der Kompetenzen für eine demokratische Kultur integriert die Perspektiven dieser Bereiche und unterstützt Kooperationen, die zur Entwicklung demokratischer Kompetenzen der Bürger*innen und zur Eingrenzung populistischer Diskurse beitragen können. Das Modell der Kompetenzen für eine demokratische Kultur bietet Ansatzpunkte für sektorübergreifende Debatten und Überlegungen in den Bereichen Bildung und Jugendarbeit. Nationale, über Pilotprojekte hinausgehende Initiativen sollten ihm dringend folgen.

>> ZUGEHÖRIGE POLITIKMASSNAHMEN:

Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter*innen der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Rolle des Jugendsektors bei einem integrierten und bereichsübergreifenden Ansatz zur Prävention und Bekämpfung der in Gewaltbereitschaft mündenden Radikalisierung junger Menschen¹⁷.

Mitteilung der EU-Kommission zur Unterstützung der Prävention von Radikalisierung, die zu extremistisch motivierter Gewalt führt.¹⁸

Council of Europe Reference Framework on Competencies for Democratic Culture¹⁹

Dezember 2018, DARE-Netzwerk

Ansprechpartner:

Georg Pirker, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V., Tel: +49 (0)30 400 401 17, pirker@adb.de

Das Projekt „STEPS - Survival Toolkit for EDC in Post-factual Societies“ ist ein Mobilitätsprojekt für Fachkräfte der Jugendarbeit, das aus dem EU-Programm Erasmus+ |2017-1-DE04-KA105-015114| unterstützt und vom AdB koordiniert wurde. Die Partnerschaft umfasst 22 Organisationen aus 13 Ländern. Das vorliegende Positionspapier ist Teil der Publikation „[Survival Toolkit for EDC in Post-factual Societies](#)“.

Besonderer Dank gilt Moritz Borchardt (Culture Goes Europe (Erfurt)) für das Redigieren der 24 verschiedenen euroenglischen Ausgangstexte und Stefanie Meyer (Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, AdB e.V.) für die Geduld und die sprachliche Überarbeitung der deutschen Übersetzung des STEPS – Positionspapiers. Die Übersetzung wurde von Jugend für Europa ermöglicht.

DARE - Democracy and Human Rights Education in Europe ist ein Netzwerk von derzeit 44 NGOS vornehmlich aus dem Bereich der Jugendarbeit, das das Anliegen verfolgt, der konkreten praktischen Arbeit und Erfahrung aus den Bereichen Education for Democratic Citizenship (EDC /politische Bildung) und Human Rights Education (HRE - Menschenrechtsbildung) eine europäische Stimme zu geben, Kooperation zu ermöglichen, Expertise zu poolen. Mehr Infos: www.dare-network.eu

¹⁷ [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?qid=1510063612752&uri=CELEX:52016XG0614\(04\)](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?qid=1510063612752&uri=CELEX:52016XG0614(04))

¹⁸ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?qid=1510063851490&uri=CELEX:52016DC0379>

¹⁹ <https://www.coe.int/en/web/education/competences-for-democratic-culture>